

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

und
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: für 5 Zeilen 1. Spalte 100, 2. Spalte 80, 3. Spalte 60, 4. Spalte 40, 5. Spalte 20, 6. Spalte 10, 7. Spalte 5, 8. Spalte 3, 9. Spalte 2, 10. Spalte 1. (Alle Preise in Mark.)
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Bezugspreis: für Leipzig und Umkreis monatlich 2.00, für den Rest des Reichs monatlich 2.50, für Ausland monatlich 3.00. (Alle Preise in Mark.)
Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 89 Dienstag, den 22. Januar 1918

Beruhigung in Oesterreich

Kein Rücktritt Seidlers

Wien, 21. Januar. (Drahtbericht.) Das Wiener K. K. Telegraphen-Bureau teilt zu den Gerüchten über den Rücktritt des Kabinetts Seidler mit: Ueber einen Rücktritt des Kabinetts Seidler ist hier nichts bekannt.

Wien, 21. Januar. (Drahtbericht.) Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Abgeordnetenhause erklärte der Ministerpräsident von Seidler, es sei der zehnjährige Wunsch des Kaisers, so bald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Ist zurzeit nur ein Sonderfrieden mit Russland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Entente, da sie die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen haben. Dessen ungeachtet hält die Regierung an dem Ziel eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest.

Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte bieten dazu nach ihrer Ueberzeugung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der kaiserlichen Regierung angelehnt werden, werden daran auch die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens werde es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre Staatsform zu wählen, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch die Okkupationsbehörden erfolgen soll.

Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete müßte die kaiserliche und königliche Regierung ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht festgestellten Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden könnten, doch werde bei gutem Willen auf beiden Seiten schließlich ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Annahme bei Lösung aller dieser Fragen sich von keinem eigensinnigen Abstreifen lassen läßt und bereit sei, den russischen Wünschen so weit entgegen zu kommen, als die österreichisch-ungarischen Interessen gestatten, begt der Ministerpräsident das vollständige Vertrauen, daß

bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden. Die Regierung ist jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben.

mäßigen Politik zu folgen. Zum Schluß miß der Ministerpräsident auf die am Sonnabend veröffentlichte Erklärung des Ministers des Innern Grafen Czernin hin.

In längeren Ausführungen legte sodann der Ernährungsminister Höfer die Maßnahmen dar, die die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen habe, und stellte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und den Verbündeten die Ernährungsverhältnisse im einvernehmlichen Zusammenwirken zu bessern.

Hierauf machte der Minister des Innern Graf Loggenburg Mitteilung über die geplante Reform des Gemeindevahlrechts.

Wien, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute empfing der Ministerpräsident die Führer der Deutschen Partei, um mit ihnen die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Gemeinden zu besprechen. In den gemischt-sprachlichen Gebieten soll eine gewisse nationale Regelung vorher eintreten.

Die deutschen Abgeordneten nahmen die Mitteilung entgegen, daß die deutsch-böhmischen Abgeordneten verlangen, daß die Regelung des Gemeindevahlrechts nicht von dem Datum des böhmischen Landtages abhängig gemacht werden soll, der in der Hand einer tschechischen Mehrheit sei.

Abflauen des Streiks in Oesterreich

Wien, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik ist heute im großen ganzen beendet worden. Doch wurde die Arbeit noch nicht überall aufgenommen. Heute sind die Wiener Arbeiter wieder erschienen.

Wien, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung erklärte sich bereit, den sozialdemokratischen Forderungen in der Ernährungsfrage nach Einschränkung des Privilegs der Selbstversorgung zuzustimmen und die Demokratisierung des Gemeindevahlrechts mit Frauenwahlrecht zu fördern. Auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz soll aufgehoben werden. Die Regierung ist bereit, einen baldigen allgemeinen Frieden herbeizuführen und keine Eroberungen in Rußland zu machen. Die politisch abhängigen selbständigen Staaten können ihre Verhältnisse zu Oesterreich selbst regeln. Darauf forderte der sozialistische Parteivorstand die Arbeiterschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Deutscher Verständigungswille und russischer Doktrinarismus

In Brest-Litowsk wird der praktische Kern der Verhandlungen von einer Fülle grundsätzlicher Auseinandersetzungen überwuchert. Unsere Unterhändler bemühen sich immer wieder, die Debatte von der unerlösten Doktrin in die reale Wirklichkeit zurückzuführen. Die russischen Ultraradikalen aber legen gerade auf die theoretische Begründung ihrer Haltung den größten Wert; sie messen Opfer und Gewinn nach ihrer Uebereinstimmung mit der Idee, die der Maximalismus zum Programm hat. Diese merkwürdigen Staatsmänner sind ohne Rücksicht auf die politischen und wirtschaftlichen Folgen bereit, das halbe Reich hinzugeben, wenn damit ihrer Theorie Genüge geschieht; aber sie wehren sich gegen das kleinste, ohne weiteres erträgliche Zugeständnis, wenn es sich nach ihrer Ansicht nicht vollständig in den Rahmen ihrer Doktrinen einzwängen läßt.

Wie liegen denn — nüchtern und realpolitisch gesehen — die Dinge im Osten? Die gegenwärtige russische Regierung ist bereit, in die Abtretung der von Fremdbölkern bewohnten, augenblicklich von uns besetzten weßlichen Randgebiete des Reiches zu willigen, natürlich nicht, damit wir diese Territorien annektieren, sondern damit die Völker, denen sie gehören, sich selbst nach eigenem Willen ihr staatliches Leben schaffen und gestalten. Nichts anderes ist unser Ziel. Wir wollen uns — Herr von Kühlmann hat es förmlich und ausdrücklich erklärt — jene Gebiete nicht einverleiben; wir wünschen, daß sie selbst entscheiden, ob und bis zu welchem Grade sie sich künftig an uns anlehnen, mit uns vertragsmäßige Gemeinschaften in kultureller, wirtschaftlicher oder auch politischer Beziehung unterhalten wollen. Möglich, daß solche Gemeinschaften sehr eng, möglich, daß sie lose sein oder ganz fehlen werden. Wenn die Russen den Fremdbölkern die neuverworbene Souveränität ehrlich gönnen — und das Selbstbestimmungsrecht bis zur Kostrennung ist doch eine der Hauptthesen der Lenin-Trochischen Staatslehre —, dann müssen sie ihnen auch erlauben, von dieser Souveränität im internationalen Verkehr den Gebrauch zu machen, der ihnen nützlich erscheint, das heißt, sich ihre Freundschaften dort zu suchen, wo sie ihre Interessen am besten wahren zu können glauben. Praktisch liegt ja die Annäherung der Polen, Kurländer, Litauer usw. an Deutschland durch ein System von Verträgen noch in weitem Felde; grundsätzlich aber fließt ihre Möglichkeit aus dem Selbstbestimmungsrechte jener Völker und kann deshalb von denen am wenigsten bestritten werden, die bedingungslos Verfechter des Selbstbestimmungsprinzips sind.

Wenn die Russen und wir in gleicher Weise die Selbstbestimmung der Randvölker wollen und ihre Durchbrechung durch Annexionen ablehnen, — worum geht dann eigentlich der Streit? Um die Art der Willenserklärung der zu befreienden Völker? Die Russen werten die bereits vorliegenden Kundgebungen des Kostrennungswillens nicht so hoch wie wir. Aber auch wir betrachten sie nicht als letztes Wort, sondern gesehen zu, daß sie durch Beschlüsse von ausbreiter Grundlage gemählten Repräsentativkörperschaften überprüft und bestätigt werden sollen. Angenommen, die späteren Willenserklärungen fielen anders aus als die bereits erfolgten; könnten wir versagen, mit Gewalt über sie hinwegzugehen? Wir würden dadurch jene Völker nur uns zu erbitterten Feinden machen und unseren Gegnern als leidenschaftliche Anhänger in die Arme treiben. Welche Garantie fehlt also den russischen Machthabern, wenn es ihnen wirklich um nichts anderes zu tun ist, als um die freie Selbstbestimmung jener Randvölker? Ein Referendum? Wir haben es nicht grundsätzlich abgelehnt und uns nicht unbedingt dazu verpflichtet. Die demokratische Wirkung der Volksabstimmung ist übrigens, wie hier schon einmal dargelegt wurde, etwas zweifelhaft. Gerade in der Uera, die sie mit besonderer Vorliebe als politisches Mittel benutzte, in der des Dritten Napoleon, hat sie mehr autoritäre als demokratische Zwecke gefördert.

Stünden wir einem imperialistischen Rußland gegenüber, das an der Entscheidung, die das Kriegsgeschehen gefügt hat, zu rütteln suchte, das jedem Landverluste widerstrebe und seine Fremdbölkern in eiserner Klammer festhalten möchte — dann wären die Gegenätze wirklich groß und nur jähres Ringen und der drohende Appell an die Macht könnte die Verhandlungen zu einem gezielten Ende bringen. Wir aber haben es mit einem Rußland zu tun, das den Krieg liquidieren will und liquidieren muß, das an einen Appell an die Macht ernsthaft nicht denken kann und das die Veredelung der Fremdbölkern, die wir von ihm verlangen, grundsätzlich überhaupt nicht (wie etwa der Jansenismus) als Opfer empfindet. Eine Einigung ist also nicht schwer, sondern naheliegend und natürlich; und man muß schon, wie Herr Trochki, täglich neue Barrikaden der Doktrin errichten, um sie immer wieder zu verzögern. Die russischen Unterhändler mögen sich bei diesem Barrikadenbau vielleicht sehr pflichttreu vornehmen; das russische Volk aber, das den Frieden ersehnt, wie das deutsche, wird ihrem Beginnen schwerlich mit unbegrenzter Geduld zusehen.

Zum gleichen Thema wird uns von unserer Berliner Schriftleitung geschrieben:

Wer in seinem Leben Gelegenheit gehabt hat, mit russischen Studenten zu debattieren, dem sind derlei Redespiele nichts Neues. Der Russe, auch der in russischen Mittelschulen und Universitäten erzogene Jude, ist der geborene Redner. Und er ist zugleich meist ein sehr geschickter Dialektiker. Er spricht, weil ihm das Sprechen Freude macht und weil er sich selber gern reden hört. Mit Schwung und Feuer und mit leuchtenden Augen, aber er spricht eigentlich immer an dem anderen vorbei. Er will sich die Seele frei machen, und wenn er hemmungslos, von allen Einwänden unberührt, in weßentrüchten Konstruktionen geschwärmelt hat, wenn das letzte Glas Tee ausgetrunken wurde und die letzte Zigarette verglommen, geht er befriedigt von dannen. Er hat eine Tat getan. Auch Herr

Russischer Funkpruch über die Konstituante

Berlin, 21. Januar. (Drahtbericht.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur verbreitet folgenden Funkpruch:

Petersburg, 19. Januar. Gestern, am 18. Januar, wurde die konstituierende Versammlung eröffnet. Die Versammlung eröffnete Genosse Swerdlow. Zum Vorsitzenden wurde Tschernow gewählt. Genosse Swerdlow schlug namens des zentralen Vollkommensschusses der konstituierenden Versammlung vor, die Macht der Räte und alle Dekrete, die vom Räte der Volkskommissare veröffentlicht wurden, bis zur Klarstellung der Beziehungen der konstituierenden Versammlung zur Regierung der Räte anzuerkennen. Die Mitglieder der konstituierenden Versammlung, und zwar die der bolschewistischen, der linken und der sozialrevolutionären Fraktion verließen den Sitzungssaal. Am Tage der Eröffnung der konstituierenden Versammlung fanden Kundgebungen der Soldaten statt. Arbeiter und Matrosen haben an den Kundgebungen nicht teilgenommen. In Petersburg wurde ein Marinerevolutionsausschuß gebildet. Die Ordnung in der Stadt wird durch Matrosen und Soldaten der roten Garde aufrechterhalten.

Der Führer der politischen Abteilung: Nischkow.

Eine Unterredung mit Buchanan

London, 21. Januar. (Reuter.) Ein Vertreter Reuters hatte eine Unterredung mit Buchanan, dem britischen Volschaffter in Rußland, der auf Erholungsurlaub in London angekommen ist. Die Auffassung, daß der Volschaffter wegen der Lage in Rußland abberufen worden sei, ist vollkommen unrichtig. Tatsache ist, daß Buchanan bereits vor einiger Zeit alle Vorbereitungen traf, um sich für kurze Zeit zur wohlverdienten Ruhe nach Hause zu begeben. Er konnte sich jedoch nicht entschließen, seinen Posten auch nur für kurze Zeit zu verlassen. Die kürzlichen dramatischen Veränderungen in der russischen Regierung und die verwirrende Lage brachten ihn vielmehr zu dem Entschluß, daß ungeachtet der äußersten Unbequemlichkeiten und der Härten des täglichen Lebens weder er noch die Mitglieder seiner Familie Petersburg verlassen wollten. Zuletzt gestattete ihm die Entwicklung der politischen Lage, sich nach Hause auf Urlaub zu begeben. Buchanan sagte in einer Unterredung:

Die durch die Nahrungsmittelknappheit entstandene Lage ist sehr ernst. Natürlich bekamen wir in den Gefandtschaften nicht das Schlimmste zu kosten, denn die Behörden bemühten sich selbstverständlich, diese Dinge dem diplomatischen Korps so rasch wie möglich erscheinen zu lassen. Die Dinge sind so schlimm geworden, daß eines Tages bei den Gefandtschaften ein gefährlicher Lebensmittelmangel herrschen kann. Die allgemeine Ansicht ist, daß

die Lebensmittel in diesem Monat vollkommen ausgehen werden, und wenn Hungernot eintritt, kann man Anarchie erwarten. In diesem Fall wird jedermann in Gefahr sein. Deshalb ist die Lage sehr ernst. Was die politische Lage anbelangt, so kann ich offenbar meine Ansichten in der öffentlichen Presse nicht vollkommen ausdrücken. Eine hauptsächlichste Tatsache ist, daß

die Bolschewiki zweifellos die Herren der Lage im nördlichen Rußland sind, wenigstens gegenwärtig. Was die Verfassungsvergebende Versammlung anbelangt, so scheint es, daß die Sozialrevolutionäre gegenwärtig die Mehrheit haben. Aber dies ändert nichts an der Tatsache, daß die Bolschewiki die tatsächliche Macht haben und sie behalten wollen, selbst mit Gewalt, wenn dies notwendig sein sollte. Die bolschewistischen Lehren sind zweifellos über ganz Rußland verbreitet und finden beson-

ders bei denjenigen Anklang, die nichts zu verlieren haben. Was die Zukunft Rußlands anbelangt, will ich keine Voraussage machen, selbst wenn ich dazu in der Lage wäre. Von einem bin ich überzeugt:

Rußland ist noch nicht am Ende angelangt.

Ein so großes Land kann nicht angezweifelt werden. Ich glaube, daß sein angeborener gesunder Menschenverstand das Volk befehlen wird, über alles hinweg zu kommen. Für die Zukunft dieses großen Landes mit seinen unermesslichen Möglichkeiten ist nicht Zerteilung die Hauptsache, sondern Aufindung eines Bindegliedes für die Zukunft. Darin vertraue ich auf die Zukunft des Landes, in dem ich so viele Jahre zugebracht habe.

Saag, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Times“ aus Petersburg melden, sei es den Bolschewikiheeren abfolat ernst mit der angebotenen Verhaftung des Königs von Rumänien. Die Rumänen haben die Heeresauschüsse der Bolschewiki aufgehoben, die russischen Truppen entlassen und die Verpflegung von den rumänischen Trains abhängig gemacht.

Die italienischen Wirtschaftsnöte

Frankfurt, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Lugano: Trotz der jüngsten Januar kommen in letzter Zeit immer mehr Anzeichen an die Öffentlichkeit, daß sich in Italien die Verjorgung infolge zahlreicher Verjensehungen im Mittelmeer und infolge des wachsenden Tonnage mangels bedenklich verschlechtert hat. Der Volschaffminister Rissi sagte in einer Rede wörtlich: „Unter allen Völkern des Verbandes ist es Italien, das die größten Opfer bringt. Der Mangel an Kohle und Brotfrüchten sowie die Knappheit der Transportmittel schuf recht schmerzliche Lebensbedingungen. Das Volk weiß, daß diese Leiden nach dem Kriege noch einige Jahre andauern werden und uns der Friede nicht ein sofortiges Ende anderer Schmerzen bringt. Ja viele wirtschaftliche Leiden werden sich noch verschärfen. Aber wenn wir uns auch in alle Leiden schicken, so können wir uns doch nicht in alle Vergewaltigungen schicken.“

Das sind außerordentlich scharfe Worte, die der die Wirtschaftspolitik führende italienische Minister bei einer feierlichen Gelegenheit an die wirtschaftliche Vollmacht im Verbanne gerichtet hat. Heute veröffentlicht nun der „Corriere della Sera“ eine beinahe drohende Aufforderung an die Verbündeten, Italien im eigenen Interesse besser zu versorgen.

Amerikas Bunkerbedingungen für die Neutralen

Christiania, 20. Januar. (Drahtbericht.) Die Blätter veröffentlichten heute am 1. Februar 1918 in Kraft tretende Bunkerbedingungen. Danach wird der gesamte neutrale Schiffsraum unter die Kontrolle der amerikanischen und der Behörden der Alliierten gestellt. Alle neutralen Reederei müssen sich verpflichten, keine Verbindungen mit den Mittelmächten zu unterhalten, keine Untertanen der Mittelmächte zu befördern, sowie nur Waren, die von den amerikanischen Behörden im voraus gutgeheißen sind, und ihre Kapitäne und Schiffsbesatzungen auf Verlangen der amerikanischen Behörden zu entlassen. — Ebenstejn bezeichnet diese Bestimmungen als weit strenger als die englischen. Sie stellen eine ernste Warnung dar, da sie jeden Schiffsverkehr mit Amerika unmöglich machen, falls nicht eine Verständigung mit Amerika erzielt werde.